

Gymnasium Leonhard Basel

Maturitätsprüfungen 2002 - *Ergänzungsfach Wirtschaft und Recht*

Aufgaben Wirtschaft und Recht		Punkte
1	Finanzbuchhaltung	9
2	Liegenschaftsbuchhaltung	7
3	Marketing	12
4	Marktwirtschaft	7
5	Konjunktur	8
6	Familien- und Erbrecht	6
7	Vertragslehre	8
total		57

Allgemeine Angaben

- Zeit: 180 Minuten
- Hilfsmittel:
 - ① Eigenes (amtliches) Obligationenrecht ohne irgendwelche Zusätze (Auszüge aus dem Zivilgesetzbuch werden zur Verfügung gestellt.)
 - ② Von der Schule zugelassener, eigener Rechner
- Für jede Aufgabe ist ein separates Lösungsblatt mit Angabe des Namens zu verwenden. Für die Aufgaben aus dem Rechnungswesen werden Formulare zur Verfügung gestellt.
- Achten Sie auf saubere und übersichtliche Darstellung (Lineal verwenden), und formulieren Sie kurz, aber sorgfältig.
- Füllfeder/Kugelschreiber (blau oder schwarz) verwenden

Gymnasium Leonhard Basel

Maturitätsprüfungen 2002 - *Ergänzungsfach Wirtschaft und Recht*

Aufgabe 1 Finanzbuchhaltung

Material: Journal

Arbeit: Erstellen Sie das Journal mit Nr., Buchungssatz (ohne Text), Betrag

Die Papetti AG handelt mit Papier. Lieferanten sind Papierfabriken in ganz Europa. Kunden sind Papeterien der ganzen Schweiz. Das Unternehmen wird in gemieteten Räumen betrieben.

Kontenplan der Papetti AG:

Aktiven	Passiven	Aufwände	Erträge
Kasse	Kreditoren	Papiereinkauf	Papierverkauf
Post	Transitorische Passiven	Gehälter	Zinsertrag
Bank	Bankdarlehen	Miete	Uebrigter Ertrag
Debitoren	Eigenkapital	Zinsaufwand	
Delkredere		Abschreibungen	
Transitorische Aktiven		Debitorenverluste	
Papiervorräte		Bürospesen	
Mobilien		Werbung	
Fahrzeuge		Uebrigter Aufwand	

Ausgewählte Geschäftsfälle (Beträge in CHF 1'000):

Nr.	Geschäftsfälle	Betrag
1.	Wir kaufen Papier gegen Rechnung ein.	2'000
2.	Wir zahlen die Rechnung (Nr. 1.) nach Abzug von 2 % Skonto. Skonto und Zahlung per Bank buchen.	?
3.	Wir verkaufen Papier auf Kredit.	4'000
4.	Wir zahlen Löhne an die Angestellten per Banküberweisung.	1'000
5.	Ein Kunde ist in Konkurs geraten (unsere Forderung = 20). Die Konkursdividende (per Post überwiesen) beträgt 5 %. Für den Rest erhalten wir einen Verlustschein.	?
6.	Die Bank belastet uns für den Halbjahreszins für das Bankdarlehen: Darlehen = 100, Zinsfuss 6 %.	?
7.	Wir betreiben einen Kunden und leisten den Kostenvorschuss in bar.	0.1
8.	Der Geschäftsinhaber entnimmt dem Geschäft Papier für private Zwecke zum Einstandspreis von	0.5
9.	Die Bank schreibt uns Zinsen für unser Bankguthaben gut.	0.2

10. Ende Geschäftsjahr (31.12.) sind noch folgende Geschäftsfälle zu buchen:

10.1.	Papiervorräte am Jahresanfang = 200, Papiervorräte am Jahresende = 240. Buchung der Bestandesänderung.	?
10.2.	Der Delkrederebestand ist zu korrigieren. Bestand bei der Eröffnung = 12. Wir rechnen im nächsten Jahr mit Verlusten von 10.	?
10.3.	Die Januarrente für die Bürogebäude haben wir im Laufe des Monats Dezember vorausbezahlt und die Vorauszahlung gebucht.	4
10.4.	Im November ist für uns eine Inseratekampagne durchgeführt worden. Wir erwarten die Rechnung des Reklamebüros erst im Januar.	6
10.5.	Die Fahrzeuge sind um 20 %, die Mobilien um 15 % abzuschreiben: Werte vor der Durchführung der Abschreibungen: Mobilien = 60, Fahrzeuge = 200	?
10.6.	Ende Jahr ist noch Büromaterial (Toner, anderes Verbrauchsmaterial) vorhanden. Vom gekauften Büromaterial von 6 ist in diesem Jahr nur solches von 5 verbraucht worden.	?

Gymnasium Leonhard Basel

Maturitätsprüfungen 2002 - *Ergänzungsfach Wirtschaft und Recht*

Aufgabe 2 Liegenschaftsbuchhaltung

Material: Journal-Hauptbuch

Arbeiten: Erstellen Sie eine Liegenschaftsbuchhaltung (Buchungen ohne Text), und zeigen Sie die 4 Konten **Immobilien, Hypotheken, Immobilienaufwand und Immobilienertrag**.

Am 1. Januar 2001 haben wir eine Liegenschaft mit 6 Wohnungen gekauft. 1 Wohnung wird durch unser Geschäft benützt, 5 Wohnungen sind vermietet.

Die Geschäftsfälle beziehen sich auf das ganze Jahr 2001 (Zahlen in CHF 1'000; zusammengefasste Geschäftsfälle).

1. Kaufpreis 1'800
 - 1.1. Uebernahme der Hypotheken 1'000
 - 1.2. Zahlung des Restes per Bank ?
2. Mieter zahlen die Miete durch die Bank. Betrag 60.
3. Mietwert der vom Geschäft benützten Wohnung. Betrag 15.
4. Unterhalt und kleinere Reparaturen im Betrag von 8 werden per Post bezahlt.
5. Die Bank belastet uns für den Hypothekarzins für das ganze Jahr. Zinsfuss 4 %.
6. Ende Jahr schreiben wir die Liegenschaft ab. Betrag 7.
7. Abschluss der 4 Konten.

Frage: Wieviele % beträgt die Rendite des in dieser Liegenschaft investierten Eigenkapitals?

Gymnasium Leonhard Basel

Maturitätsprüfungen 2002 - *Ergänzungsfach Wirtschaft und Recht*

Aufgabe 3 Marketing

Wir betreiben in einer mittelgrossen Stadt der Schweiz ein Pizzakurier-Unternehmen. Den gleichen Markt beliefern 2 weitere Pizzakuriere. Die jährlichen Umsatzzahlen betragen:

Konkurrent 1	CHF 100'000.--
Konkurrent 2	CHF 160'000.--
unser Geschäft	CHF 120'000.--

Unser Sortiment umfasst 25 Pizzasorten in je 3 Grössen. Allein 5 dieser Pizzasorten erbringen 80 % des Umsatzes und 95 % des Gewinns. Daneben führen wir ein grösseres alkoholfreies Getränkesortiment.

Leider sanken in der letzten Zeit sowohl Umsatz wie Gewinn. Auch häufen sich Reklamationen, wie z.B. unpünktliche Lieferungen, zu wenig warme Pizzen.

Unser typischer Kunde ist zwischen 15 und 25 Jahren alt. Die Preiselastizität der Nachfrage nach Pizzen beträgt bei dieser Kundengruppe 1.2; diejenige bei den andern Kundengruppen (25 Jahre aufwärts) 0.95.

Bisher haben wir in der Lokalzeitung, die vor allem von Leuten zwischen 30 und 60 gelesen wird, Inseratewerbung betrieben.

Um Umsatz- und Gewinnrückgang zu stoppen, werden zwei unterschiedliche Massnahmen diskutiert:

Massnahme A: Verbesserter Einsatz der Absatzinstrumente auf dem bisherigen Markt

Massnahme B: Zusätzliche Filiale in der Nachbarstadt. Dabei könnte diese Filiale vom alten Standort aus bedient werden (Massnahme B 1), oder es könnte in der Nachbarstadt ein neuer, zusätzlicher Produktionsstandort betrieben werden (Massnahme B 2).

Allgemeine Fragen:

- 3.1. Wie gross ist unser gegenwärtiger Marktanteil in %? (1 Dezimale)
- 3.2. Wie lässt sich das gegenwärtige Sortiment charakterisieren?
- 3.3. In welchen Phasen des Produkt-Lebenszyklus könnte sich unser Pizza-Sortiment befinden?

Fragen zur Massnahme A:

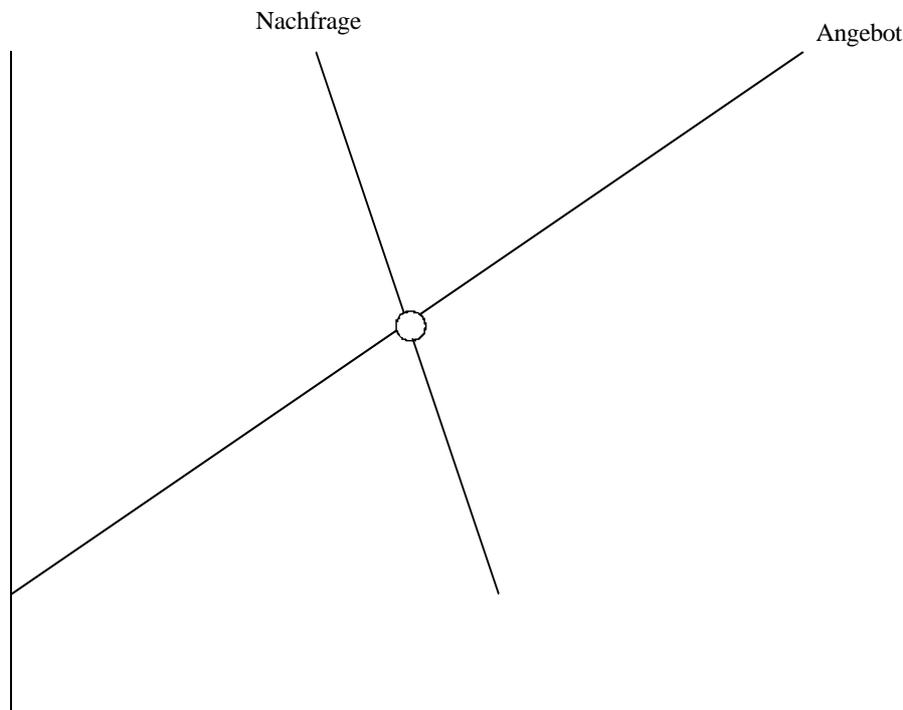
- 3.4. Wie würden Sie das Sortiment ändern?
- 3.5. Wie würden Sie den Reklamationen begegnen?
- 3.6. Wie würden Sie eine Preisdifferenzierung nach dem Alter der Kunden vornehmen, um den Umsatz zu steigern (Kosten nicht berücksichtigen)? Antwort kurz begründen.
- 3.7. Wie würden Sie die Werbemittel bzw. Werbeträger ändern?

Fragen zur Massnahme B:

- 3.8. Wie könnte eine vernünftige Marktsegmentierung für die Erschliessung des zusätzlichen Marktes aussehen? 3 konkrete Elemente nennen.
- 3.9. Bei der Belieferung der Nachbarstadt ab bisherigem Standort (Massnahme B 1) würden keine zusätzlichen fixen Kosten anfallen. Die Produktionskosten wären pro Pizza CHF 0.40 billiger, allerdings wären die Transportkosten pro Pizza CHF 1.60 höher (beide Kostendifferenzen im Vergleich zur Massnahme B 2).
Bei der Einrichtung eines neuen Produktionsstandorts in der Nachbarstadt (Massnahme B 2) würden aber zusätzlich fixe Kosten von jährlich CHF 50'000.-- anfallen.
Frage: Bis zu welcher Anzahl Pizzen würden Sie Massnahme B 1 wählen, und ab welcher Anzahl wäre Massnahme B 2 vorzuziehen?

Aufgabe 4 Marktwirtschaft

Ausgangslage auf dem Markt für Brot:



Nun passieren folgende Ereignisse:

- ① Infolge gestörter Zufuhr von Weizen steigen für die Bäckereien die Produktionskosten.
- ② Die Hausfrauen und Hausmänner geraten in Panik und hamstern Brot.
- ③ Den Behörden wird es zu bunt; sie legen den Preis für Brot so fest, wie er in der Ausgangslage war. Um kein Ungleichgewicht entstehen zu lassen, rationieren sie den Brotverkauf.

Arbeiten/Fragen:

- 4.1. Zeichnen Sie auf Ihr Lösungsblatt die obige Ausgangslage (noch vollständig beschriften). Zeichnen Sie in die gleiche Graphik mit Farbe die Ereignisse ① bis ③ ein. Zeigen Sie in der Graphik, warum sich eine Rationierung aufdrängt.
- 4.2. Handelt es sich bei der behördlichen Preisfestsetzung gemäss ③ um einen Mindest- oder um einen Höchstpreis? Antwort kurz begründen.
- 4.3. Wer soll durch den behördlichen Preiseingriff gemäss ③ geschützt werden? Antwort kurz begründen.
- 4.4. Welches wären die konkreten und sichtbaren Folgen gewesen, falls die Behörde den Preis fixiert, aber auf die Rationierung verzichtet hätte? Zwei Folgen nennen
- 4.5. Was lässt sich über die Preiselastizität der Nachfrage in der Ausgangslage aussagen?

Aufgabe 5 Konjunktur

Konjunkturprognose für die Schweiz für das Jahr 2002

(reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %):

Bruttoinlandprodukt	1,3
Privatkonsum	1,4
Oeffentlicher Konsum	0,9
Anlageinvestitionen	2,1
Exporte	1,8
Importe	1,8
Konsumentenpreise	0,9
Arbeitslosenquote (in %)	2,2

Quelle: Neue Zürcher Zeitung vom Donnerstag, 27. Dezember 2001, Seite 15
(Durchschnitt aus 8 Prognosen verschiedener Institute)

Arbeiten/Fragen:

- 5.1. Stellen Sie auf Grund der obigen Grössen die Formel für die Ermittlung des Bruttoinlandprodukts auf. Es dürfen Abkürzungen verwendet werden.
- 5.2. Besteht gemäss Prognosen im Jahre 2002 ein Inflationsproblem?
- 5.3. Wie hat im Jahr 2002 die Schweizerische Nationalbank die Zinspolitik zu führen, wenn sie Konsum und Investitionen fördern möchte?
- 5.4. Nehmen wir an, auch der Staat wolle im Jahre 2002 mit der Finanzpolitik (Ausgaben- und Steuerpolitik) die Konjunktur ankurbeln. Wie hätte er diese Politik zu führen? Welches volkswirtschaftliche Problem ergäbe sich dadurch?
- 5.5. Aus welchen Gründen ist eine Konjunkturpolitik (Ausgaben- bzw. Steuerpolitik) gemäss Ziff. 5.4. in der Schweiz (fast) nicht möglich?
- 5.6. Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Zunahme des Bruttoinlandprodukts und der Arbeitslosenquote?

Aufgabe 6 Familien- und Erbrecht

Felix und Felicitas sind seit 10 Jahren verheiratet. Ihre beiden Kinder, Max und Moritz, sind Zwillinge im Alter von 7 Jahren. Heute, kurz vor der Scheidung, stirbt Felix an einem Herzinfarkt.

Das eheliche Gesamtvermögen (alle Vermögensmassen; vor Berücksichtigung der Beerdingungs-kosten) beläuft sich im Zeitpunkt des Todes von Felix auf CHF 280'000.--. Bekannt sind über dieses Gesamtvermögen folgende Angaben:

- Felix hat nichts in die Ehe gebracht, Felicitas hat Möbel eingebracht, welche immer noch vorhanden sind. Wert heute CHF 10'000.--.
- Felicitas hat beim Tod ihres Vaters CHF 50'000.-- als Sparguthaben geerbt. Infolge gutgeschriebener Zinserträge beträgt das Guthaben heute CHF 55'000.--.

- Felix hat sich aus seinem Arbeitsverdienst Obligationen für CHF 30'000.-- gekauft.
- Der Rest des Gesamtvermögens besteht aus einer Ferienwohnung und diversem Hausrat. Dieser Rest ist aus dem Arbeitsverdienst beider Ehegatten erworben worden.

Die Beerdigungskosten für Felix belaufen sich auf CHF 10'000.--.

Felix hat ein gültiges Testament aufgestellt, das seine Ehefrau Felicitas auf den Pflichtteil setzt und die beiden Kinder maximal begünstigt.

Arbeiten (Auszug aus dem ZGB siehe Beilage):

- 6.1. Nehmen Sie die güterrechtliche Auseinandersetzung vor, wenn die beiden unter dem gesetzlichen Güterstand gelebt haben.
- 6.2. Nehmen Sie die erbrechtliche Auseinandersetzung vor.

Aufgabe 7 Vertragslehre

Den Antworten 7.1. bis 7.3. sind die OR-Artikel beizufügen.

- 7.1. Sie kaufen ein Gemälde für CHF 20'000.--. Das Echtheitszeugnis stammt von einem berühmten Kunstsachverständigen. Zwei Monate nach dem Kauf stellt sich - für Sie wie auch für den Verkäufer überraschend - heraus, dass es sich um eine billige Kopie im Wert von CHF 20.-- handelt. Wie ist die Rechtslage zu beurteilen?
- 7.2. Sie kaufen einen Regenschirm für CHF 20.--. Eine sofortige Prüfung (Öffnen des Schirms) zeigt keine Mängel. Erst zwei Monate später regnet es wieder; der Regenschirm erweist sich als wasserdurchlässig, was für Nicht-Experten nicht festzustellen war (Ob man den Regenschirm verwendet oder nicht, spielt eigentlich keine Rolle.). Erzürnt gehen Sie sofort in den Laden zurück; der Verkäufer weist darauf hin, dass die sofortige Prüfung unter der Dusche hätte stattfinden müssen. Er könne nichts machen; die Sache sei damit wegen Verspätung erledigt. Wie ist die Rechtslage zu beurteilen?
- 7.3. Sie kaufen eine neue Digital-Kamera. Der Fotohändler vertröstet sie auf die Lieferung in ca. 1 Woche. Nach 10 Tagen gehen Sie in den Laden. Sie erfahren, dass die Kamera noch nicht eingetroffen ist, dass sie aber in den nächsten Tagen ankommen müsse. Zufällig ist Ihnen bekannt, dass die gleiche Kamera, allerdings CHF 100.-- teurer, bei Konkurrenzgeschäften ab Lager erhältlich ist. Wie ist die Rechtslage zu beurteilen, wenn Sie eigentlich die Kamera andernorts beschaffen möchten?
- 7.4. Aus welchen Gründen ist OR 190 im Fall von 7.3. nicht anwendbar?

Gymnasium Leonhard Basel

Maturitätsprüfungen 2002 - *Ergänzungsfach Wirtschaft und Recht*

Lösungen

Aufgabe 1 Finanzbuchhaltung

1.	Papiereinkauf an Kreditoren	2'000
2.1.	Kreditoren an Papiereinkauf	40
2.2.	Kreditoren an Bank	1'960
3.	Debitoren an Papierverkauf	4'000
4.	Gehälter an Bank	1'000
5.1.	Post an Debitoren	1
5.2.	Debitorenverluste an Debitoren	19
6.	Zinsaufwand an Bank	3
7.	Debitoren an Kasse	0.1
8.	Eigenkapital an Papiereinkauf	0.5
9.	Bank an Zinsertrag	0.2
10.1.	Papiervorräte an Papiereinkauf	40
10.2.	Delkrederer an Debitorenverluste	2
10.3.	Transitorische Aktiven an Miete	4
10.4.	Werbung an Transitorische Passiven	6
10.5.1.	Abschreibungen an Mobilien	12
10.5.2.	Abschreibungen an Fahrzeuge	30
10.6.	Transitorische Aktiven an Bürospeisen	1

Punkte

total	9 Punkte
je Buchungssatz	1/2 Punkt

Aufgabe 2 Liegenschaftsbuchhaltung

Nr.	Buchung		CHF	Im		Hy		ImmA		ImmE	
	Soll	Haben		Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben
1.1.	Im	Hy	1000	1000		1000					
1.2.	Im	Ba	800	800							
2.	Ba	ImmE	60								60
3.	MietA	ImmE	15								15
4.	ImmA	Po	8					8			
5.	ImmA	Ba	40					40			
6.	ImmA	Im	7		7			7			
7.1.	Bi	Im	1793		1793						
7.2.	Hy	Bi	1000			1000					
7.3.	ErfRg	ImmA	55						55		
7.4.	ImmE	ErfRg	75							75	
Summen				1800	1800	1000	1000	55	55	75	75

$$\text{Rendite EK} = (75-55) \cdot 100 / (1800-1000) = 2,5 \%$$

Punkte Aufgabe 2

total	7 Punkte
je Buchung	1/2 Punkt
Konten	1/2 Punkt
Rendite	1 Punkt

Aufgabe 3 Marketing

3.1. Marktanteil = $\frac{120'000 * 100}{380'000} = 31,6 \%$

3.2. schmales, aber tiefes Sortiment

3.3. Sättigung oder Degeneration

- 3.4. • weniger Pizza-Sorten führen
• auch alkoholhaltige Getränke anbieten (falls Patent erhältlich)

- 3.5. • unpünktliche Lieferzeiten:
- den Kunden zugesicherte Lieferzeiten verlängern
- Verkürzung des Zeitablaufs bei Produktion oder Auslieferung
• zu wenig warme Pizzen: bessere Verpackung

- 3.6. • für Kunden zwischen 15 und 25 Jahren: Jugendrabatt gewähren, weil preiselastische Nachfrage
• für Kunden über 25 Jahren: Preis leicht erhöhen, weil preisunelastische Nachfrage

3.7. keine Inserate mehr in der Lokalzeitung, dafür mehr Werbung an Jugendtreffpunkten oder in Medien, die die jüngeren Leute ansprechen

- 3.8. • Nachbarstadt (geographische Segmentierung)
• Personen zwischen 15 und 25 Jahren (demographische Segmentierung)
• Liebhaber von Fastfood (verhaltensbezogene Segmentierung)

- 3.9. • Mehrkosten pro Pizza am bisherigen Standort: $1.60 - 0.40 = 1.20$
• B 1 bis 41'666 Pizzen*, B 2 ab 41'667 Pizzen

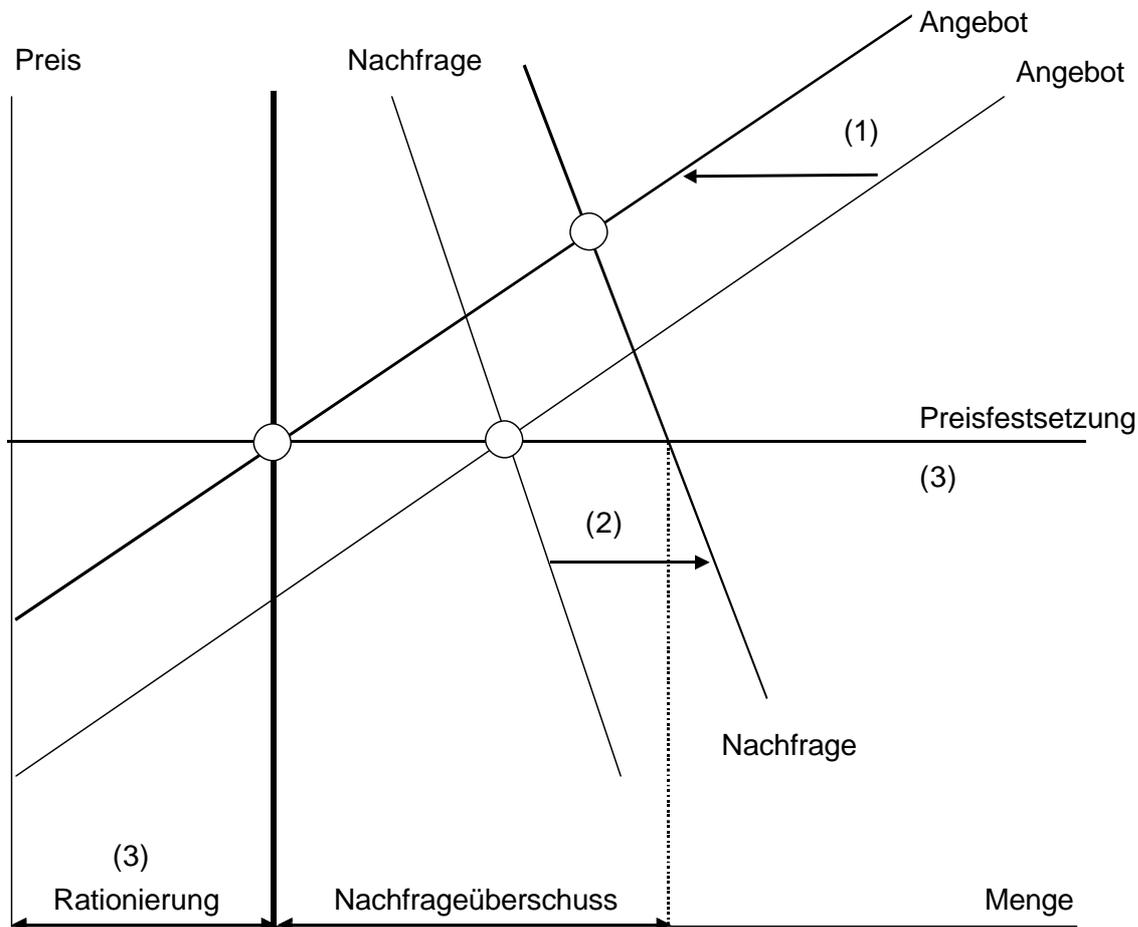
$$* \frac{50'000}{1,2} = 41'666,7$$

Punkte

total	12 Punkte
3.1. bis 3.4./3.7.	je 1 Punkt
3.6./3.8.	je 1.5 Punkte
3.5./3.9.	je 2 Punkte

Aufgabe 4 Marktwirtschaft

4.1.



4.2. Höchstpreis, weil behördlich festgesetzter Preis < Marktpreis

4.3. Nachfrager bzw. Konsument; soziale Gründe

4.4. Warteschlangen und leere Ladengestelle, Schwarzmarkt

4.5. preisunelastische Nachfrage, d.h. geringe Preiselastizität der Nachfrage

Punkte

total	7 Punkte
4.1.	3 Punkte
4.2. - 4.5.	je 1 Punkt

Gymnasium Leonhard Basel

Maturitätsprüfungen 2002 - *Ergänzungsfach Wirtschaft und Recht*

Aufgabe 5 Konjunktur

- 5.1. $BIP = C + I + G + (X - M)$
- 5.2. Eine Erhöhung der Konsumentenpreise um 0,9 % kann nicht als Inflation bezeichnet werden. In der Schweiz werden nur Preiserhöhungen über 2 % als (zu bekämpfende) Inflation betrachtet.
- 5.3. SNB sollte Zinsen senken.
- 5.4. • Steuern senken, damit Privatkonsum steigt. Öffentlichen Konsum erhöhen.
• Defizit des Staates als volkswirtschaftliches Problem
- 5.5. • Ausgabenpolitik: Es müssten sinnvolle Ausgaben sofort getätigt werden können.
• Steuerpolitik:
① Steuersätze sind in der Verfassung festgeschrieben; eine Aenderung ist kurzfristig nicht möglich.
② Bund, 26 Kantone und ca. 3'000 Gemeinden erheben Steuern, so dass einheitliche Finanzpolitik sehr schwierig ist.
- 5.6. Je grösser (kleiner) die Zunahme des BIP, umso kleiner (grösser) die Arbeitslosenquote

Punkte

- total 8 Punkte
5.1. - 5.3./5.6. je 1 Punkt
5.4./5.5. je 2 Punkte

Aufgabe 6 Familien- und Erbrecht

- 6.1. Güterrechtliche Auseinandersetzung:

	Frau	Mann
Eigengut	10'000 + 50'000 = 60'000	0
Errungenschaft (je 1/2)	110'000	110'000
total	170'000	110'000*

* mit Beerdigungskosten belastet

- 6.2. Erbrechtliche Auseinandersetzung:

Nachlass brutto					110'000.--
abzüglich Beerdigungskosten					<u>10'000.--</u>
Nachlass netto (zu verteilen)					100'000.--
Pflichtteil Frau	1/2 von 1/2	➔	1/4	=	25'000.--
Erbanteil Max	1/2 von 3/4	➔	3/8	=	37'500.--
Erbanteil Moritz	1/2 von 3/4	➔	3/8	=	<u>37'500.--</u>
total = Erbe					100'000.--

Punkte Aufgabe 6

total 6 Punkte

6.1./6.2. je 3 Punkte

Aufgabe 7 Vertragslehre

- 7.1. - Voraussetzungen für einen Grundlagenirrtum sind erfüllt (OR 24,1, Ziff. 4):
- Käufer betrachtet Echtheit als wesentlich (subjektive Wesentlichkeit) (wegen Preis, Echtheitszeugnis).
 - Auch Verkäufer musste dies erkennen.
 - Die Echtheit ist auch objektiv (nach Verkehrsanschauung) als wesentlich zu betrachten.
- Rechtsfolge: Vertrag ist für den Irrenden einseitig unverbindlich, d.h. anfechtbar (OR 23; innert Jahresfrist seit Entdeckung, OR 31,1 und 2).
- 7.2. - Es handelt sich um einen versteckten Mangel (nur für Experten ein offener Mangel). Sofort nach Entdecken ist der Mangel zu rügen, was erfolgt ist (OR 197,1/OR 201,3).
- Käufer hat Wahlrecht: Wandelung, Minderung, Ersatz (OR 205 f.). In diesem Fall dürfte nur Wandelung sinnvoll sein.
- 7.3. - Abmachung "in ca. 1 Woche" weist auf eine Fälligkeit hin. Der Schuldner ist zu mahnen; damit tritt Verzug ein (OR 102,1). Ferner hat der Gläubiger eine angemessene Nachfrist zur nachträglichen Erfüllung zu setzen (nochmals ca. 1 Woche, OR 107,1). Nach unbenütztem Ablauf der Nachfrist hat Gläubiger ein Wahlrecht (OR 107,2).
- Gläubiger wird dann Verzicht und Schadenersatz wegen Nichterfüllung wählen (Schaden = Mehrpreis von CHF 100.--) (OR 107,2).
- 7.4. OR 190 verlangt sowohl kaufmännischen Verkehr (Einkauf zwecks Weiterverkauf oder zwecks Weiterverarbeitung) als auch einen bestimmten Lieferungstermin (z.B. "Lieferung am 15. Mai 2001"). Beide Voraussetzungen sind in 7.3. nicht gegeben.

Punkte

total 8 Punkte

7.1. - 7.4.: je 2 Punkte

Berechnung der Note nach folgender Formel:

$$\text{Note (ganze oder halbe Note)} = \frac{\text{Anzahl Punkte} * 5}{57} + 1$$